

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Südkurier. 1945-1954 1949

12 (29.1.1949) Samstag+Sonntag

SÜDKURIER

5. JAHRGANG • ÜBERPARTEILICHE INFORMATIONENZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN NUMMER 12
Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag. Adresse: Konstanz, Rosgartenstr. 12 KONSTANZ SAMSTAG/SONNTAG, 29./30. JANUAR 1949 Bezug monatlich durch die Post DM 2,03, dazu 27 Dpt Postzustellgebühr, durch Träger DM 2,10 einschließlich 25 Dpt. Trägerlohn. — Einzelpreis 20 Dpt.

Kurz notiert

Infolge dichten Nebels stieß im Hamburger Hafen ein Dampfer mit drei Frachtern zusammen, ohne daß jedoch größerer Materialschaden entstand.
Der ehemalige Reichsaussenminister Freiherr von Neurath soll sich demnächst vor der Spruchkammer Ludwigsburg verantworten. Der öffentliche Kläger verlangte für die Dauer des Verfahrens eine Beurlaubung aus dem Spandauer Gefängnis.
Bei dem Absturz eines US-Flugzeuges in der Nähe von Ludwigsburg wurden zwei Soldaten getötet.
Der frühere Wehrwirtschaftsführer Prof. Karl Thalau, ehemals kommissarischer Leiter der Flieser-Werke, ist als Flugzeugexperte in einer hohen Stellung in Argentinien tätig.
Auf einem Maskenball in Passau erschien ein Angehöriger der Besatzungsmacht in SS-Uniform. Auf die Proteste der Ballbesucher legte er Zivilkleidung an.
Von Papen hat sich nach Abschluß des Befragungsverfahrens in die britische Zone begeben.
Zur Bekämpfung des Schwarzhandels ist es namentlich in Bayern gestärkt, deutsche Polizei in der Nähe von DP-Lagern verstärkt zu postieren.
Nach einem vom bayerischen Landtag angenommenen Antrag sind Militären in Bayern ab 1955 wählbar.
Spanien spendete für deutsche Kinder 100 Tonne Apfelsinen, die auf caritativem Weg verteilt werden sollen.
In Indonesien soll die militärische Tätigkeit der Republikaner wieder aufleben. Eine republikanische Elitebrigade leitete auf Java umfangreiche Guerilla-Operationen ein.
Der US-Kriegsminister Kenneth Royall wird auf einer Reise durch Japan von dem Chinaexperten General Wedemeyer begleitet.
Die US-Polizei verhaftete in Washington den früheren Sekretär der kanadischen kommunistischen Partei, San Carr.
Der Untersuchungsausschuß für „unamerikanische Umtriebe“ forderte das Verbot der Kommunistischen Partei in den USA.
„Messaggero“ berichtet, daß sich der italienische Ministerpräsident de Gasperi am 28. Februar nach Brüssel begibt, um an der Konferenz des Ausschusses der Europaunion teilzunehmen.
Die Schweiz und Australien haben Israel de facto anerkannt.
Der Staatsgerichtshof in Prag verurteilte General Pika wegen Auslieferung militärischer und industrieller Staatsgeheimnisse zum Tode durch den Strang. Pika war von 1945-48 stellvertretender tschechoslowakischer Generalsekretär.

Amerikanische Schmuggelzentrale in Deutschland

20 Prozent der deutschen Ausfuhr wurde abgezweigt

München. Das Blatt der amerikanischen Armee, „Stars and Stripes“ berichtet von einem Schmuggelkandal größten Ausmaßes, in dem hohe Offiziere der amerikanischen Armee, Soldaten und Zivilangestellte verwickelt sind.
Ueber die Aufdeckung riesenhafter Schieberungen wird berichtet: Schon im August 1948 traten Schmuggler an in Bayern stationierte amerikanische Piloten heran mit dem Anliegen, an Bord ihrer Flugzeuge gewisse Mengen wertvoller Metalle nach Italien zu bringen und boten für jeden Flug phantastische „Prämien“. Einem amerikanischen Detektiv gelang es Mitglied der gebildeten Schmugglerorganisation zu werden. Er wurde von der italienischen Polizei verhaftet und gegen Stellung einer hohen Kaution durch die Bande wieder freigelassen. Auch ein zweiter Polizist konnte sich in die Reihen der Bande einschleichen, er erregte jedoch nach einiger Zeit Mißtrauen. Die amerikanische Luftwaffenpolizei erhielt endgültige Klarheit, als die Schmuggler den ersten Detektiv, der von der italienischen Polizei verhaftet wurde, mit der Ueberwachung des zweiten „Komplicen“ beauftragten. Von diesem Augenblick an verstärkte sich die Tätigkeit der US-Luftwaffenpolizei und die Bande konnte vollständig lahmgelegt werden, als ein Zollner an der italienischen Grenze einen Wagen anhält, der von einem hohen Beamten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland gesteuert wurde. In diesem Wagen wurde eine Menge Stoffstangen aus massivem Silber entdeckt.

Das Ausmaß der gesamten Schmuggler-tätigkeit erhellt sich aus dem, daß bei einer Anzahl verhafteter Personen Schmugglerwaren im Werte von mehr als 2000 Dollar gefunden wurden.
Auf einer Pressekonferenz gab General Clay weitere Erklärungen über das aufgedeckte Netz und die angelegten Nachforschungen in Westdeutschland. Diese hätten ergeben, daß der internationale Schmuggel mit deutschen Waren nach dem Ausstieg einen solchen Umfang angenommen habe, daß er den Wiederaufbau des Staates ernstlich bedrohte. Nach zuverlässigen Schätzungen gelang es der Schmugglerorganisation, etwa 20% der gesamten deutschen Ausfuhr abzuzweigen. General Clay bestätigte weiter, daß auch amerikanische Staatsangehörige in Wiesbaden in die Angelegenheit verwickelt seien. Nach den bisherigen Feststellungen haben die Amerikaner auch den illegalen Transport der Ware auf Rheinschiffen nach der Schweiz besorgt und gesichert. Die amerikanischen Behörden hätten sich deshalb bereits mit den französischen Stellen in Verbindung gesetzt. Nach einer

Mitteilung des US-Luftwaffenhauptquartiers in Wiesbaden hat sich die Zahl der im Zuge der Aufdeckung der internationalen Schmugglerorganisation beschlagnahmten Kraftwagen bis Donnerstag auf 85 erhöht.

Clay: „Strasser ohne Chance“

Frankfurt — Auf einer Pressekonferenz nahm General Clay zu politischen Fragen Stellung und betonte, daß seiner Meinung nach politisch extreme Richtungen wie z. B. die Bewegung Otto Straßers in Deutschland keine großen Chancen hätte.

Deutsche Ausfuhr wird begünstigt

Berlin. Auf einer Pressekonferenz wandte sich General Clay gegen die britischen Vorwürfe unfairen Ausfuhrmethoden deutscher Exporteure. Es sei selbstverständlich, daß die deutschen Exporteure auf dem Weltmarkt frei mit anderen Ländern konkurrieren müßten, dies beziehe sich nicht nur auf Großbritannien, sondern auch auf alle anderen Länder. Clay betonte, daß Westdeutschland jährlich einen Import von zwei Milliarden Dollar benötige, um seinen Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Eine Untersuchung des deutschen Exportes sei notwendig, da ein umfangreicher Bedarf an Fertigen in Westdeutschland vorhanden sei, der bisher noch nicht gedeckt werden konnte. Der amerikanische Militärgouverneur führte weiter aus, daß den deutschen Export-

preisen die derzeitigen Produktionskosten zu Grunde gelegt seien, daher könne von einer unfairen Unterbietung der Weltmarktpreise keine Rede sein.

Zu den Protesten der britischen Gewerkschaften und Unternehmerverbände gegen den westdeutschen Export und gegen angebliche „unfaire Ausfuhrmethoden“ nahm auch der Wirtschaftsberater General Clays, Lawrence Wilkinson, Stellung und bemerkte, die US-Militärregierung werde zusammen mit der JEIA weiterhin dafür sorgen, daß der deutsche Export gesteigert wird und deutsche Waren auf dem Weltmarkt zu Preisen verkauft werden, zu denen sie in Deutschland nur irgendwie hergestellt werden können. Die US-Militärregierung sei mit dem Ansteigen der deutschen Exportquote im vergangenen Jahr zufrieden.

Markos macht neue Angebote

Paris. Die vorläufige demokratische Regierung Griechenlands veröffentlichte über den Sender „Freies Griechenland“ eine Botschaft, in der dem griechischen Volk erneut die Bedingungen bekanntgegeben werden, unter denen dem Bürgerkrieg ein Ende gemacht werden könnte. Nach einem Hinweis auf die Zurückweisung aller Friedensvorschläge durch die Athener Regierung im Jahre 1948 erklärte die Markos-Regierung, die demokratische Armee habe im Laufe der letzten Monate bewiesen, daß ihre Friedensvorschläge kein Zeichen der Ohnmacht seien, sondern dem Bestreben des ganzen Volkes entsprächen.

Ansicht nach scheitern die Verhandlungen an der völlig unnachgiebigen Haltung der Kommunisten, die eine bedingungslose Kapitulation verlangen und dem offensichtlichsten Wunsch Tschiangkajs und seines Stellvertreters Li tsung Yens, die Reste ihrer Armee intakt zu halten.

Während die Friedensdelegation Vorkehrungen zur Reise nach Nordchina trifft bereitet das nationalchinesische Kommando einen Rückzug der Truppen nach Südchina vor und riegelt die lebenswichtigen Eisenbahnlinien Nanking-Shanghai-Hankau ab. Diese Vorkehrungen lassen Rückschlüsse auf den Wunsch der militärischen Führung zu, nach Aufgabe Nankings und Zentralchinas Widerstand bis zum letzten in den südlichen Teilen des Landes zu leisten.

Weiter heißt es in der Botschaft, nur ein Ueberreinkommen in nachstehenden Fragen könne Griechenland vor einem völligen Verderben bewahren: 1. Abzug aller ausländischen Missionen und Streitkräfte aus Griechenland; 2. Abschluß eines Waffenstillstands, wobei die Streitkräfte der Gegner ihre Stellungen beibehalten; 3. unbegrenzte allgemeine politische Amnestie; 4. Wiederherstellung aller politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, Gleichberechtigung der in Griechenland lebenden völkischen Minderheiten; 5. Einleitung von Verhandlungen zur Bildung einer für beide Seiten annehmbaren Regierung.

Noch kein Friede in China

Nanking. Das chinesische Kabinett beschloß in seiner letzten Sitzung, unverzüglich Delegierte für Friedensverhandlungen mit den Kommunisten zu ernennen und einen Verhandlungsort festzulegen. Die Kommunisten erklärten sich bekanntlich bereit, die Verhandlungen erst nach dem Fall Pekings aufzunehmen. Dem Beschluß der chinesischen Regierung ging eine heftige Debatte voraus, in deren Verlauf rechtsgerichtete Abgeordnete der Kuomintang sich gegen die Aufnahme von Friedensverhandlungen aussprachen. Die Abstimmung ergab jedoch eine Mehrheit für die Friedenspolitik.



MAO TSE TUNG
der Führer der chinesischen Kommunisten, unterbreitete der chinesischen Nationalregierung acht Bedingungen zur Aufnahme der Friedensverhandlung. Der 50jährige Mao Tse Tung, Sohn eines Landwirts, dichtet in seiner Freizeit. Außerdem ist er in allen Gebieten der Philosophie bewandert.

Osteuropäischer Wirtschaftsrat gebildet

Moskau. Knapp zwei Tage vor der Konferenz der Brüsseler Signatarmächte für eine Verteidigung Westeuropas erfolgte in Moskau die Gründung eines Wirtschaftsrates der osteuropäischen Länder, der die Sowjetunion, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Rumänien angehört.
Die neugebildete Institution hat die Aufgabe, die gegenseitige wirtschaftliche Hilfe der Ostblockstaaten als Gegengewicht gegen den Marshallplan zu gewährleisten. In erster Linie sieht man hierin die russischen Bemühungen zur Hebung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion der südosteuropäischen Länder. Man trägt sich russischerseits offenbar mit dem Gedanken, die landwirt-

saftlichen Lieferungen dieser Länder an die Sowjetunion zu steigern. Andererseits glaubt man, daß sich die Sowjetunion in der Frage von Gegenlieferungen wie bisher sehr zurückhaltend zeigen wird und auch weiterhin das russische Bemühen, Industrierezultate und Rohstoffe für sich zu behalten, dominiert, weil der sowjetische Eigenbedarf auf diesem Produktionssektor bei weitem nicht gedeckt ist. Wirtschaftliche Beobachter der Westmächte vertreten auch die Ansicht, daß der nunmehr gebildete Wirtschaftsrat als eine nachträgliche Bestätigung der schon vorhandenen wirtschaftlichen Kettung der beteiligten Länder angesehen werden kann, um die verschiedenen Drei-, Fünf- und Sechsjahrespläne zu lenken.

Unser Kurs

Ein Interview unseres W. S.-Korrespondenten

Zusammen mit der Währungsreform verkündete man uns wirtschaftliche Gesundung, gesteigerten Export und Lösung vom System der Zwangswirtschaft. Die Veröffentlichung des JEIA-Kurses, eine deutsche Mark zu 30 Dollarcent, bestärkte viele zunächst in dem Glauben, daß sämtliche Tore in allen Ländern sich schlagartig öffnen würden. Bei dem Wissen um die eigene Kraft und Vitalität war es vielen selbstverständlich, daß das oft belächelte Wort von dem neuen Leben, das in den Ruinen blüht, nun tatsächlich sozusagen über Nacht wahr werden würde.

Dann kam ein sanfter Rückschlag nach dem anderen: Wenige Tage nach der Veröffentlichung des JEIA-Kurses sank der Kurs der deutschen Mark in Zürich ins Bodenlose, fast parallel mit dem Steigen der Preise ins Uferlose. Und während sich die Bevölkerung vor dem 21. Juni mehr oder weniger mit dem Unvermeidlichen abgefunden hatte, versucht sie sich jetzt mit allen Mitteln dagegen zu wehren, daß eine Hoffnung nach der anderen enttäuscht würde.

Wir hatten kürzlich Gelegenheit, mit dem bekannten Volkswirtschaftler Prof. Edgar Salin von der Universität Basel zu sprechen, der lange Jahre in Heidelberg lebte und der sich in der jüngsten Zeit in vielen Publikationen und Vorträgen durch eine besondere Unbestechlichkeit des Blicks für die wirtschaftliche Entwicklung in den drei Westzonen auszeichnet. Auch in seinen Worten klang das mit, was General Koenig kürzlich in einem an dieser Stelle veröffentlichten Interview sagte: „Geduldet haben! Kein vernünftig denkender Mensch habe glauben können, so meinte Professor Salin, daß am Tage X eine in Amerika gedruckte Mark ohne jeden weiteren Grund in der bis über die Ohren produzierenden Schweiz nun wieder 1.25 sfr wert sein werde. Weder die Angehörigen der Besatzung, die in den ersten drei oder vier Wochen tatsächlich größere Beträge an deutscher Mark in die Schweiz gebracht hätten, noch die deutschen oder französischen Zöllner, denen man jetzt manches in die Schuhe schieben wollte, seien schuld daran, daß eine deutsche Mark im Höchstfall 35 oder 40 Rappen kosten könne, sondern einzig und allein der verlorene Krieg und eine ganze Menge Maßnahmen und Anordnungen wie beispielsweise die der Veröffentlichung des JEIA-Kurses, an den sich die JEIA selbst nicht mehr halte.

Nun, es ist erwiesen, daß die DM-Bestände in der Schweiz effektiv klein sind, und wenn wirklich, wie in den Tagen nach Weihnachten, als eine Genfer Bank mit dem besten Willen keine 20 000 DM beschaffen konnte, einmal mit einem Rheinschiff oder sonst einem schwer kontrollierbaren Fahrzeug, 1,5 Millionen DM in die Schweiz gebracht werden, so ist das zwar bedauerlich, aber durchaus nicht welterschütternd.

Wir wollen damit sagen, daß hier nicht die Fehlerquelle sitzt, daß hier nicht die richtige Sündenbock gefunden ist. Man darf nicht an den Dingen vorbeigehen, man muß sagen, was ist: So lange die großen weltpolitischen Angelegenheiten der Sieger nicht geregelt sind, können, an dem gemessen, auch so kleine Dinge wie die westdeutsche Währung, nicht ganz in Ordnung kommen. So lange sagen wir, die in der Schweiz umlaufenden DM-Scheine einen Aufdruck „B“ besitzen, so lange ständig neue Scheine gedruckt werden müssen, um eine 4-Millionen-Stadt ganz einfach vor dem Hungertode zu bewahren, so lange hat es nicht viel Sinn, dem einzelnen Grenzgänger zu verbieten, mehr als 5 DM zu besitzen, wenn der Zoll für die Büchse Kaffee, die er mitbringt, 6,50 DM kostet.

Professor Salin sagte, als wir ihn nach seiner Ansicht über die wirtschaftliche Entwicklung fragten, daß in Deutschland auch in den schlimmsten Jahren 1945 und 1946 mehr vorhanden gewesen sei, als in manch einem Lande, das auf der Siegerseite gestanden habe. Er könne verstehen, sagte er, daß den Engländern jetzt schon wieder etwas Angst würde vor unserer Konkurrenz, weil wir sozusagen heute von einer besseren Basis aus anfangen könnten, als sie und weil wir eben sehr fleißig, beängstigt fleißig seien. Wir müssen uns in acht nehmen, aus diesem kleinen Vorwurf mehr als ein ganz kleines Lob herauslesen zu wollen. Die Beobachtung aber ist trotz mancher Einwände, die man dagegen haben kann, nicht unrichtig. Selbst unter Berücksichtigung dessen, daß uns nicht nur der Krieg, sondern auch die Nachkriegszeit arm gemacht hat, haben wir außerdem ein großes Reservoir an guter Arbeitskraft, eine Menge Energie zur Verfügung, die einstmals zu Rüstungszwecken verwandt werden mußte.

Wenn wir diese Energien vernünftig zur Verbesserung unseres Lebensstandards einsetzen, werden wir uns in einer gewissen Zeit nicht mehr so viel Sorgen um den Kurs der DM in Zürich machen müssen.

Was ist mit Oberst Tulpanow?

Ferngespräch unseres A. G.-Korrespondenten

Berlin. Was ist mit Oberst Tulpanow? Diese Frage wird von der Westberliner Presse gegenwärtig aufgeworfen. Der sowjetische Sektor Berlins stand zwei Tage lang völlig im Zeichen der SED-Partei-konferenz. Die Arbeiter verschiedenster Betriebe mußten an diesen Tagen Hennecke-Schichten leisten, die Mehrproduktion wurde dann als ein „Geschenk der Arbeiter an die SED-Partei-Konferenz“ bezeichnet. „Spendenzüge“ aus der Ostzone, geschmückt mit Transparenten, trafen in Ostberlin ein. Die Eisenbahner wurden von der sowjetischen „Täglichen Rundschau“ zur Mitarbeit aufgefordert, da im Reiseverkehr der Ostzone Zustände herrschen würden, die in mancher Hinsicht „geradezu beschämend“ seien.

renzen stets üblich war, gesprochen. aber die Rede, die er hielt, ist diesmal nicht veröffentlicht worden. Ihre Verbreitung wurde sogar unterbunden.
Diese auffällige Tatsache hat in Berlin zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß gegeben. Es wurde davon gesprochen, daß Tulpanow in Ungnade gefallen sei und seinen Posten verlassen werde. Wieder andere waren der Meinung, Moskau habe gemerkt, daß der scharfe Kurs des Kremles die Westmächte geeinigt habe. Jetzt wolle man durch das Vortäuschen einer vorübergehend versöhnlichen Haltung die kollektiven Sicherheitsmaßnahmen des Westens untergraben. Der britisch lizenzierte „Tag“ weist darauf hin, daß die Russen bis zur Moskauer Konferenz versuchten, den in der Ostzone zugelassenen nichtmarxistischen Parteien eine — wenn auch begrenzte — eigenständige Politik zu gestatten. Nach der Moskauer Konferenz änderte sich die Taktik und die Ost-CDU und Ost-LDP waren von nun an nur noch Befehlsempfänger der SMA. Allerdings blieb der erhoffte Erfolg aus.

In Mittelpunkt der SED-Partei-Konferenz stand eine Rede Wilhelm Piecks, in der er den Westmächten zu verstehen gab, sie müßten „möglichst bald aus Berlin verschwinden“ nachdem sie den Kontrollmechanismus zerstört hätten. Auch Oberst Tulpanow hat, wie es auf SED-Partei-kon-

Märtyrer oder Irregeleitete

Von unserem P. L.-Korrespondente

Essen. Zwei Monate Gefängnis für sechs Angeklagte und ein Freispruch, das ist das Urteil, das im Bochumer Demontage-Prozess von dem britischen Militärgericht gefällt wurde. Die sechs Verurteilten wurden für schuldig befunden, einen Befehl der Militärregierung absichtlich nicht ausgeführt zu haben. Sie müssen ihre Strafe sofort antreten. Da als Tag des Beginns der Gefängnisstrafe der 12. Januar festgesetzt wurde, müssen die Angeklagten noch sechs Wochen der Gefängnisstrafe verüben. In dem einen Freispruch, der den Arbeiter Peters betrifft, hat das Gericht an, daß der Angeklagte bis zur Mittagspause am 10. Januar gearbeitet habe und dann mit Erlaubnis seinen Arbeitsplatz verließ, um zum Arbeitsamt zu gehen. Das Gericht habe ihn daher nicht für schuldig befunden, einen Befehl der Militärregierung mißachtet zu haben und Peters konnte die Anklagebank sofort verlassen.

Am Vormittag des letzten Verhandlungstages hatte der britische Ankläger in seinem Schlußplädoyer das Verfahren als einen einfachen Fall bezeichnet, der nur durch die Worte des Verteidigers, „die sieben Angeklagten seien Platzhalter des deutschen Gewissens“ ein so großes Ausmaß und Interesse angenommen hätte. Für die Anklagebehörde seien die sieben Angeklagten einfache Arbeiter, die einen Befehl der Militärregierung verweigert hätten. Es sei lächerlich, diesen Fall mit dem in Nürnberg verhandelten Zwangsarbeitsfällen zu vergleichen. Da der Demontagebefehl allen Arbeitern in deutscher Sprache vorgelesen und überreicht worden sei, so sei es gleichgültig, ob die Aushändigung des Befehls vor oder nach der Unterschrift stattfand. Als strafmildernd könne die Haltung der Angeklagten beurteilt werden, weil sie sich vor den Folgen des Abbaus von Friedensproduktionsstätten fürchteten und sich lieber einer Verfolgung durch die Militärregierung, als dem Zorn der Arbeiter des Bochumer Vereins und der Bevölkerung ausgesetzt hätten. Der britische Ankläger betrachtete die Arbeiter nicht als Märtyrer, sondern als Irregeleitete und wandte sich scharf gegen den Versuch, sie in eine Märtyrerrolle hineinzufrängen.

Der Antrag der Verteidigung, die Verurteilten gegen Stellung einer Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde vom Gericht unter Hinweis auf den Berufungsweg abgelehnt. Die Verteidigung erklärte, daß sie alle Rechtsmittel anwenden werde, um den Freispruch der Angeklagten zu erreichen.

ka...nten...nschen...wards...45 450 t...bild au...sbezigt...t und...Gold...ntlich...afrika...n Re...egren...infolge...Stand...rt. Be...s noch...ch Ge...ckungs...wester...aterial...in ver...der...kräften...n wan...ren in...arbeiten...st...s der...Zufun...dt ge...fierten...ubehör...mäßig...a 100%...Zudem...die Süde...ne 90 000...werden...tungen...a eind...über...ualität...Ver...arbel...ungs...ie den...Fach...— ge...riesi...in die...aufbau...nachi...gegen...e noch...sneid...ng der...müfte...uftrieb...sachen...in Ver...Erzeu...Län...Kohle...ern...e Gold...ießen...wohl...Staaten...kämp...erein...da sie...tz sein...nschen...er ver...nt an...s ohne...friedri...chen ist...flation...ehmer...nen In...Staaten...Ober...serei...tschaz...west...nd al...wird...16...en...n)...304

Samstag/Sonntag, 29./30. Januar 1949

Klimaforschung und Medizin

Neue Aufgaben der Kurort-Kreis Klimastelle für den Südschwarzwald

Man weiß noch recht gut, was es mit der "besonders ozonreichen Luft", der "geschüttesten Waldlage", den "meisten Sonnentagen" und anderen Superlativen in den Prospekten geschäftstüchtiger Fremdenwerbung einst auf sich hatte. Nicht jedes Dorf, das 650 m über dem Meeresspiegel liegt, ist ein Höhenkurort...

terung auf den Krankheitsverlauf hin. Solche für den Genesungsprozess sehr wesentlichen Zusammenhänge systematisch zu erforschen und zu klären, ist ein ebenso interessantes wie dankbares Gebiet...

Drei Aerzieckongresse in Karlsruhe

Die deutschen Aerzte aus den vier Besetzungszonen haben sich auch in diesem Jahr die Stadt Karlsruhe zum Tagungsort ausgewählt. Vom 20. bis 23. April 1949 findet als 27. Tagung der Gynäkologischen Gesellschaft ein Kongreß statt...

"So lang der alte Peter..."

Von unserem Münchener H.M.-Mitarbeiter

Wenn man, ohne sich vorher umgesehen zu haben, meinetwegen von Zug weg unmittelbar in eine Versammlung der Bayerpartei im Zirkus-Krone gerufen würde, möchte man sie angeht...

Strebt man dann nachts seinem Quartier zu, durch die stillen Straßen, in denen nur vereinzelt "schwankende Gestalten" sich einem nähern...

Oberpostdirektion baut in Karlsruhe

Karlsruhe. Die Oberpostdirektion hat von der Stadt Karlsruhe einen Bauplatz zur Errichtung eines Telegraphenbauamtes und eines Telegraphenzweigamtes erworben...

Der Irrtum mit "Amerika"

Kurz vor dem Kriege wollten die Amerikaner ein kleines Haus in dem Vogesenstädtchen St. Dié kaufen. (Ob sie es taten, wir wissen es nicht). Warum? — Martin Walzenmüller ist im Jahre 1522 in St. Dié gestorben. In dem alten Hauschen aber ließ er im Jahre 1507 — er war damals einer der gelehrtesten Geographen — zum erstenmal den von ihm selbst erfundenen Namen "Amerika" für eine Landkarte drucken...

Anklage im Falle Grafeneck erhoben

Die Oberstaatsanwaltschaft in Tübingen hat jetzt wegen der im Jahre 1940 im Grafeneck verübten Euthanasie-Verbrechen, denen rund 900 Personen zum Opfer gefallen sind, die Anklage gegen neun Personen erhoben. Der Hauptangeklagte, Ministerialrat Dr. Stähle, Stuttgart, ist bekanntlich vor einiger Zeit im Untersuchungsgefängnis in Münsingen gestorben...

Tübinger Chronik

Was persönliche Initiative vermag, um soziale Not zu lindern und die Uebel einer turbulenten Zeit zu mildern, zeigt deutlich das Beispiel der "Schwäbischen Suppentube", die vor drei Jahren von zwei Tübinger Frauen ins Leben gerufen wurde. Die beiden Gründerinnen gingen von vornherein nicht auf Gewinn aus. Unter dem Motto "Einer hilft dem andern" haben sie schon im ersten Jahr nicht weniger als 93 000 Portionen markenfreier Suppe abgegeben...

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

St. Gallen. Eine Lokalnotiz des "St. Galler Tagblattes" wendet sich gegen die weitverbreitete Unsitte, in den Cafés aus den ausgelegten Zeitschriften Bilder herauszuschneiden oder auszureißen oder an Bildern mit Bleistift oder Kugelschreiber "pornographisch zu hantieren". Zürich. Der Zentralverband gewerblicher Arbeitnehmer-Organisationen wendet sich angesichts der Arbeitsmarktlage gegen die Beschäftigung von Fremdarbeitern, zumal die Einstellung dieser Kräfte vielfach dazu diene, vertragliche Bestimmungen zu umgehen und möglichst billige Arbeitskräfte zu erhalten...

zwei Parteien vertreten, und es wird nach einem Proportionalssystem gewählt. Bregenz. Dem "Vorarlberger Volksblatt", das im Gegensatz zur Tschechoslowakei eine zunehmende Dezentralisierung in Osterreich bejaht hatte, erwidert, ein Leser und erklärt, das gerade Gegenteil sei der Fall. Die Wiener Ministerien seien aufgeschwollene, personalchwangere Körper, die immer nach neuer Nahrung und nach mehr Macht und Kompetenz streben. Allerdings hätten die westlichen Bundesländer an Bedeutung gewonnen, nachdem zahlreiche Industrien aus dem Osten in den Westen verlagert worden seien...

Probleme um Stadt und Kreis Kehl

Vünsche, Gerüchte und Tatsachen aus einem südbadischen Notstandsgebiet

Fest fünf Jahre dauert nun schon die Evakuierung der rund 12 000 Einwohner zählenden Hafenstadt Kehl, der Kreisstadt des Landkreises. dessen heutige Notlage nicht besser gekennzeichnet werden konnte als durch die Erklärung zum Notstandsdekret. Es ist kein Wunder, daß die vielen Tausende der evakuierten Kehler, von denen über die Hälfte im Landkreis selbst, zum Teil mehr als behelfsmäßig, untergebracht ist, nur den einen großen Wunsch haben, wieder heimzukehren in ihre Stadt. Und seit Jahren gehen Gerüchte, werden Termine von einer angeblichen Wiederbesiedlung der Stadt genannt. Aus jeder Notiz, die nicht allzu selten in in- und ausländischen Zeitungen erscheinen, suchen die Evakuierten einen Hoffnungsschimmer herauszulesen. Und doch steht all diesem Wünschen und Sehnen nur die harte Tatsache gegenüber, daß bis heute noch kein Mensch einen endgültigen Termin der Rückbesiedlung nennen kann...

lesen. Tatsache ist aber, daß Staatspräsident Wohleb zu wiederholten Malen versichert, daß man ihm von maßgeblicher französischer Seite erklärt habe: Kehl ist deutsch und Kehl bleibt deutsch! Tatsache ist ferner, daß sich die südbadische Regierung durch das neu eingerichtete Referat bei der Staatsregierung — in sachlicher Weise unterstützt von einer Zweiflerkommission der Kehler Evakuierten — tatkräftig für das Vorwärtstreiben der Kehler Frage einsetzt. Nur eine ruhige und sachliche Behandlung des Kehler Problems kann den Kehler Evakuierten und damit auch dem gesamten Kreis Kehl einen Erfolg verbürgen. Daß im Kreis Kehl mit zähem Fleiß gearbeitet wird, beweisen gerade die letzten Wochen. Drei dem Personenverkehr dienende Omnibuslinien durchfahren kreuz und quer das Hanauerland und stellen die Verbindung nach Offenburg und nach der behelfsmäßigen "Kreisstadt" Renchen her; dieser Tage folgte die Eröffnung einer Güterverkehrslinie, die aus den nicht an den Bahnlinien liegenden Ortschaften die Güter abholt und den Übergang auf die Staatsbahn erledigt. Die mittelbadischen Kleinbahnen, der einzige Bahnbetrieb der Zone, der mit einem beachtlichen Uberschuß arbeitet, hat zwei neue Lokomotiven eingestellt und erneuert laufend seinen Wagenpark, um den immer mehr anwachsenden Verkehr bewältigen zu können. Das sind alles Zeichen, daß man sich im Notstandsgebiet an die Arbeit gemacht hat, und daß man schon die ersten Erfolge sieht. Ein Handwerker- und Gewerbeverein ist im Entstehen, und man schaut hoffend in die Zukunft. Wenn auch der Kreis seine landwirtschaftliche Struktur weiterhin behält, so erkennt man doch, daß man mit allen Mitteln nach Wegen sucht, um den vielen Evakuierten und Flüchtlingen, die nicht in der Landwirtschaft unterkommen können, Arbeit und Verdienst zu geben.

Der letzte Nagelschmid

Der letzte Nagelschmid des Schwarzwalds und wohl des ganzen Schwarzwalds, Karl Gür in Reichenbach, vollendete am 28. Januar sein 93. Lebensjahr. Er ist zugleich der älteste männliche Bewohner des Kreises. Er erlernte sein Gewerbe von seinem Vater und war bis zum Jahr 1900 als tüchtiger Nagelschmid im weiten Umkreis bekannt. Jährlich verarbeitete er etwa 10 Zentner Roh Eisen und fertigte täglich etwa 1000 Hufnägel oder 2000 bis 3000 Schuhnägel. Seitdem Nägel mittels Maschinen hergestellt werden, lohnte sich die handwerksmäßige Herstellung nicht mehr. Gür wurde Brunnenmeister des Ortes. Der Jubilar erfreut sich noch guter Gesundheit und erzählt gern von vergangenen Zeiten.

Über 100 arbeitssuchende Freiburger Studenten

Für die nun beginnenden Sommersemester suchen über 100 Freiburger Studenten, meist Ostflichtlinge oder in der Ostzone Beheimatete, nach Arbeitssmöglichkeiten. Sie haben während des Semesters meist Gelegenheitsarbeiten verrichtet: Holzarbeiten, Teppichklopfen, Hilfsarbeiten im Baugewerbe, Schreibmaschinenarbeiten, Erteilen von Nachhilfestunden, Näh- und Flickarbeiten für Studentinnen oder Aushilfen im Haushalt. Etwa 12 Freiburger Firmen haben sich bereit erklärt, in den Semesterferien Werkstudenten und Studentinnen als Hilfsarbeitskräfte einzustellen. In Verhandlungen mit anderen Firmen versucht die Studentenhilfe der Universität zur Zeit, auch die restlichen arbeitswilligen Studierenden noch unterzubringen. Die meisten werden im Baugewerbe arbeiten. Zwei Freiburger Textilfabriken stellen eine größere Zahl von Studentinnen ein. Die Löhne für Werkstudenten liegen im allgemeinen zwischen 70 Dpf. und 1.— DM. für Studentinnen jedoch bedeutend niedriger. Von den über 3000 Freiburger Studenten müssen sich augenblicklich fast 40 Prozent ihren Lebensunterhalt und ihr Studium selbst verdienen. (mm)

Krankenhäuser verweigerten Aufnahme eines Rußlandheimkehrers

Karlsruhe. Ein aus Rußland heimkehrender Kriegsgefangener brach auf der Durchreise in Bruchsal entkräftet und krank zusammen. Das Rote Kreuz brachte ihn in einem Krankenwagen zum Bruchsaler Krankenhaus, das die Aufnahme ablehnte. Auch die beiden Städtischen Krankenhäuser in Karlsruhe, zu denen der Heimkehrer gefahren wurde, weigerten sich, ihm ein Bett zu geben. Erst das Neue Vinzentius-Krankenhaus nahm sich des Kranken helfend an. Der Vorfall hat nach Bekanntwerden in Karlsruhe berechtigtes Aufsehen und starken Unwillen hervorgerufen. Es erscheint völlig unbegründet, daß in den drei Fällen bürokratische Gründe und Paragraphen über das einfache Gebot der Menschlichkeit gestellt wurden.

Mord an einem Unbekannten

Baden-Baden. Donnerstag früh morgens wurde von einer Zeitungsträgerin in der Nähe des Governments Schillerstraße die völlig entkleidete Leiche eines unbekannten Mannes, der etwa 30 Jahre alt war, aufgefunden. Um den Hals trug er einen Seidenschal, mit dem er vermutlich erdrosselt wurde, während der Hinterkopf schwere Verletzungen aufwies, die von Axthieben herrühren dürften. Die deutsche und französische Polizei hat sofort die Fahndung nach dem Täter aufgenommen. Näheres ist noch nicht bekannt.

„Das zerstörte Ludwigshafen im Bild“

Im Don-Bosco-Haus in Ludwigshafen eröffnete Bürgermeister Dr. Reichert eine Ausstellung von Gemälden und Graphiken, die für die Kriegsgeschichte der Stadt bedeutungsvoll werden dürften. Den Künstlern war die Aufgabe gestellt worden, „Das zerstörte Ludwigshafen im Bild“ aus ihrem Gesichtswinkel darzustellen. Ludwigshafen begann bereits im vergangenen Jahre, photographische Dokumente der Nachkriegsjahre zu sammeln. Nun hat man etwa 75 Oel- und Aquarellbilder aus den rund 200 Eindrücken ausgewählt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. 32 einheimische und auswärtige Maler und Graphiker haben sich in den verschiedensten Auffassungen und Stilrichtungen mit diesen Themen befaßt.

Die Hauptsache aber, er ist noch da und wird, so Gott und der Stadtkammer es zulassen, auch wieder aufgebaut. Wenn man gar von der Höhe aus, etwa vom Maximilianeum, dem neuen Landtagsgebäude, in der beginnenden Dämmerung auf die Stadt hinuntersteht, dann ist es, sobald die Plastik sich zur Silhouette verdichtet, derselbe Anblick, den wir die Jahre unseres Fernseins hindurch in uns bewahrt haben.

Wer aber ist Martin Walzenmüller? — Im Jahre 1475 wurde dem Metzger Konrad Walzenmüller in Freiburg im Breisgau ein Sohn geboren, der den Namen Martin erhielt. Vater Walzenmüller bekleidete später das Amt eines Säkularbeamten der Stadt. Sein Sohn Martin aber studierte und machte sich bald einen Namen als Geograph. Der damalige Herzog René von Lothringen war ein großer Freund der Wissenschaften und berief den jungen Walzenmüller als Lehrer an das Gymnasium von St. Dié. Im Jahre 1507 gab Walzenmüller dort seine erste wissen-

schafliche Arbeit, die „Cosmographia universalis introductiva“ hat, die in ungefähr zwei Exemplaren verbleibt wurde. In dem lateinisch geschriebenen Werk heißt es, u. a.: „Der vierte Teil der Erde möge, weil ja Americus ihn auffand, America, also das Americus Land, oder America benannt werden. Und weiter an anderer Stelle: „Ein anderer, vierter Teil, wurde von Amerigo Vesputici aufgefunden. Daher sehe ich keinen Grund, warum jemand sich mit Recht dagegen wenden sollte, daß dieser Teil der Erde nach seinem Entdecker Americus, einem Manne von weiser Genie, America, also das amerikanische Land, genannt werden sollte, da ja doch auch die Weltteile Europa und Asien nach Frauen ihren Namen erhalten haben.“

Eine „Südwestdeutsche Sängerzeitung“

Der Badische Sängerbund 1947 hatte mit den Präsidiumsmitgliedern der südbadischen Sängerbünde am 23. Januar in Offenburg eine Tagung, die kulturellen und organisatorischen Richtlinien für die neuen Formen des deutschen Liedgutes galt. Es wurde mitgeteilt, daß eine „Südwestdeutsche Sängerzeitung“ erscheinen wird, die das lebendige Sprachrohr Süddeutschlands werden soll. Ferner wird in Kürze ein neues Liederbuch herausgegeben, dessen Bearbeitung in den Händen eines besonderen Musik-Ausschusses, dem die bedeutendsten Chormeister und Komponisten Badens angehören, liegt. Zur Heranbildung eines guten Dirigenten-Nachwuchses und zur Schulung der Chormeister werden im Bereich der einzelnen Sängerbünde Choriellerkurse durchgeführt. Im besonderen wurde festgelegt, daß alle Veranstaltungen der Sängervereine ein ausgeprägtes kulturelles Niveau haben müssen, besonders in den Landgemeinden, wo die Sängervereine die ausschlaggebenden Träger des kulturellen Lebens sind. In ganz Baden werden künftig an Stelle der früheren Preisjungen nur noch Wertungen veranstaltet, die zu kulturellen Höhepunkten in den einzelnen Bezirken und Kreisen werden sollen. Auf der gleichen Linie liegen die wieder einzuführenden Bundessängerstage.

„Das zerstörte Ludwigshafen im Bild“

Im Don-Bosco-Haus in Ludwigshafen eröffnete Bürgermeister Dr. Reichert eine Ausstellung von Gemälden und Graphiken, die für die Kriegsgeschichte der Stadt bedeutungsvoll werden dürften. Den Künstlern war die Aufgabe gestellt worden, „Das zerstörte Ludwigshafen im Bild“ aus ihrem Gesichtswinkel darzustellen. Ludwigshafen begann bereits im vergangenen Jahre, photographische Dokumente der Nachkriegsjahre zu sammeln. Nun hat man etwa 75 Oel- und Aquarellbilder aus den rund 200 Eindrücken ausgewählt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. 32 einheimische und auswärtige Maler und Graphiker haben sich in den verschiedensten Auffassungen und Stilrichtungen mit diesen Themen befaßt.

